

## **PRESSEMITTEILUNG**

**ULI SCKERL MdL**

**24.11.2016**

### **Streit um Zahlung von Mehrkosten bei Stuttgart 21 geht wohl vor Gericht**

Der Streit über Finanzierung der erwarteten Mehrkosten von rund zwei Milliarden Euro für das Bahnprojekt Stuttgart 21 wird voraussichtlich gerichtlich geklärt. Es zeichnet sich ab, dass die Deutsche Bahn AG (DB) Klage gegen das Land und weitere Vertragspartner erheben wird. Der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl: 2Das Land hält unbeirrt daran fest, dass die freiwillige Zahlung von 930 Millionen Euro nicht zu weiteren Zahlungsverpflichtungen führt. Für uns gilt der Kostendeckel, den wir der Bevölkerung mehrfach versprochen hatten. Die DB hingegen sieht das Land und die anderen Vertragspartner in der Pflicht anteilig die Mehrkosten zu übernehmen.

Die DB hatte Mitte Oktober 2016 eine Vereinbarung zur Verjährungshemmung in den Raum gestellt. Das Land ist ebenso wie die Stadt und die Region der Ansicht, dass es ein falsches Signal wäre, diese zu unterzeichnen, weil die Vertragspartner die Ansprüche der DB für unbegründet halten. Bis zu einem rechtskräftigen Urteil in der Sache werden laut Sckerl mehrere Jahre vergehen. Es werde damit gerechnet, dass in ungefähr drei Jahren die vertraglich zugesagten Finanzierungsbeiträge von Land u.a. erschöpft sind.

Die DB will neben dem Land auch die Landeshauptstadt, den Verband Region Stuttgart und die Flughafengesellschaft verklagen. Sckerl erinnerte daran, dass erst der Volksentscheid vom November 2011 den Bau von „Stuttgart 21“ durchgesetzt habe. Das Projekt sei damals hier in der Kurpfalz wie in ganz Baden von den Wahlberechtigten mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.